

Wieso weder "zufriedene Hühner" noch ein höherer Regelsatz für Bio-Lebensmittel das Gelbe vom Ei sind!



Mangelernährung, Geldarmut, schlechte Lebensmittel

Erwerbslose und Milchbauern aus Oldenburg hatten im Jahr 2010 den Blick auf das Thema „Ernährung“ gelenkt. Die Milchbauern kämpfen um ihr Überleben. Sie können sich ebenso wie Erwerbslose nicht ausreichend ernähren. Hier erheben Produzenten und Konsumenten gleiche Forderungen. Im letzten Jahr forderte das Bündnis „Krach schlagen!“ den Regelsatz für Grundsicherungsberechtigte um wenigstens 80 Euro anzuheben, damit sie sich qualitativ hochwertige Nahrungsmittel kaufen können. Die Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg reduziert ihre Forderung auf mehr Geld: mehr Lohn und mehr Regelsatz, zieht den Schluss, mehr Hartz IV sei gut für alle. Die Demo-Aufrufer von 2011 hatten sich gegen die Agroindustrie gewandt, die Dioxinskandale, Gentechnik und Tierleid fördert sowie Hungerkrisen, Klimawandel, Monokulturen begünstigt. Denn EU-Subventionen führen kleine Bio-Bauern in den Ruin. In diesem Jahr verlangen sie, dass "Bauernhöfe statt Agrarindustrie" gefördert werden. Die Veranstalter der Demo 2012 beziehen sich in ihrem Aufruf allerdings auch in diesem Jahr nicht auf Erwerbslose. Das Bündnis „Krach schlagen!“ findet keine Erwähnung in ihrem Aufruf.

Essengeld für 4 Tage ist zu wenig

Die 80-Euro-Forderung war ein erster Schritt der Verständigung. Aber angesichts von gestiegenen Lebensmittelpreisen, der Steigerung der Mieten und anderen Lebenshaltungskosten ist eine komplexere Sicht erforderlich.

80 Euro sind auch vor dem Hintergrund einer flexibilisierten Arbeitswelt komplett unzureichend, weil jeder Mensch dreimal am Tag essen muss, keine Zeit mehr zum Kochen zu Hause hat und deshalb auf Gaststätten und Imbissbuden angewiesen ist. Würde der/die flexibilisierte Arbeiter_in dort 3 Mahlzeiten zu sich nehmen, würde dies 20 Euro am Tag kosten. Die Löhne in der Branche Nahrung, Genuss, Gaststätten sind so niedrig, dass nicht einmal die Arbeiter_innen

sich ein Essen in der Gaststätte leisten können, d.h. sich nicht einmal auf der Höhe der kulturellen Ernährungsgewohnheiten befinden. Deshalb müssen die Köch_innen und Kellner_innen bei der Ernährung in Gaststätten berücksichtigt werden, was heißt, dass dann 20 Euro nicht ausreichen.

Preisspekulation und Profit

Was hat sich seit 2011 verändert? Die Preise für Lebensmittel weltweit haben sich verändert. Das Kapital hat mit der weltweiten Finanzkrise eine globale Nahrungsmittelkrise in verschiedenen Regionen der Welt verschärft, was u.a. in Nordafrika zu verschiedenen Aufständen führte. Bereits 2007 und 2008 hatten sich Weltmarktpreise für Weizen und Mais innerhalb weniger Monate verdoppelt und für Reis verdreifacht. Wie P. Clausing in der Zeitung *Direkte Aktion 208* feststellte, hatte es damals bereits Hungerrevolten in mehr als 40 Ländern gegeben. Die Gründe für die Preisexplosion haben noch heute Gültigkeit: Konkurrenz um Treibstoffproduktion aus Nahrungsmitteln folgt Preisen für Rohöl und Spekulation an Getreidebörsen, an denen auch die Deutsche Bank mitmischt und verdient. Gleichzeitig steigen die Preise für alle Lebenshaltungskosten infolge der Inflation.

Hartz IV ist mehr als der Regelsatz

Teile der Erwerbslosenbewegung verlangen seit 30 Jahren ein Existenzgeld ohne Arbeitszwang und Bedürftigkeitsprüfung. 2004 war die zentrale Forderung: „Hartz IV muss weg!“. Der alleinige Ruf nach 80 Euro mehr und die neue Parole "Mehr Hartz IV ist gut für alle" stehen dazu im Widerspruch. Hier wird Hartz IV auf den Regelsatz reduziert. Der herrschende sozialstaatliche Regelsatz ist aber ein politischer Regelsatz, der auf Basis einer kritikwürdigen Einkommens- und Verbrauchsstichprobe und mit Hilfe interessengeleiteter statistischer Zugriffe ermittelt wird. Die Koppelung des Regelsatzes mit den unteren Lohngruppen eröffnet die Spirale nach unten. Die eigentliche Funktion von Hartz IV ist die Senkung der Löhne, eine massive Ausweitung des Niedriglohnarbeitsmarktes und ein Herausdrängen armer Mieter_innen aus ihren Wohnungen in den Innenstädten zugunsten (transnationaler) Immobilienkonzerne. Wer die herrschende Regelsatzbestimmung als Bezugsrahmen akzeptiert, übernimmt auch das herrschende Interesse mit Arbeitszwang, Sanktionspraxis und Bedürftigkeitsprüfung.

Eine andere Richtung ist erforderlich

Der Runde Tisch gegen gegen Erwerbslosigkeit und soziale Ausgrenzung hatte 2003 anlässlich der Gesetzesvorhaben zu Hartz I-IV in enger Kooperation mit der ALSO Oldenburg ein politisches Forderungspaket erarbeitet. Neben dem Existenzgeld von 850 Euro plus Zahlung tatsächlicher Mieten und Krankenversicherung wurde damals ein allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn von 10 Euro brutto als Basis für existenzsichernde Tariflöhne für Erwerbstätige, ein konsequenter Kampf gegen Arbeitszwang und unversicherte Arbeit, eine radikale Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden in einem ersten Schritt, eine kostenlose soziale und eine erschwingliche öffentliche Infrastruktur finanziert aus Steuergesetzen zulasten der Konzerne gefordert. Diese Forderungen sind heute höchst aktuell, obwohl inzwischen wegen der Steigerungen der Lebenshaltungskosten seit 2004 das Existenzgeld zzgl. Wohnung und Krankenversicherung bei mindestens 1050 Euro und der Mindestlohn bei 15 Euro Brutto pro Stunde liegen müsste.

Gutes Leben ist mehr als Geld

In den Diskussionen um bedingungsloses Grundeinkommen hat der o. g. Runde Tisch in den letzten Jahren immer wieder festgestellt, dass die Forderungen der Erwerbslosen weit über eine bloße Geld-Forderung hinausgehen. Deshalb haben wir im März 2011 konstatiert, dass der Kampf um den Regelsatz nur eine, aber eben keine hinreichende Forderung ist. Sondern wir müssen uns darüber verständigen, was ein Gutes Leben für alle bedeutet und welche Voraussetzungen das hat. Sonst verschleifen wir unsere Kräfte in sinnlosen Abwehrkämpfen.

Gutes Leben umfasst Ernährungssouveränität

Deshalb diskutieren prekär Lebende in der bundesweiten Kampagne „Für ein Gutes Leben“ über mögliche Veränderungen, die zu einem Guten Leben für alle führen können. In Berlin befassten wir uns u.a. mit der Frage, wie eine lebenswerte Umwelt für ein Gutes Leben aussehen muss. Dabei haben wir auch die Frage der Ernährung angesprochen: Die Qualität der Lebensmittel wird durch Gifte aus der Erde, dem Wasser, der Luft, durch die Bearbeitungsmethoden von Material, die Herstellung der Produkte, durch Düngung und Verpackungen sowie durch gentechnische Veränderungen beeinflusst. Die Art der Massenproduktion von Lebensmitteln benötigt lange, umweltschädigende Transportwege und produziert massenhaft Müll, z.B. Plastikverpackungen. Wegen der gegenseitigen Preisunterbietung in der Konkurrenz transnationaler Konzerne sinkt letztlich auch der Nährwert des einzelnen Produktes.

Was auf den Tisch kommt, bestimmen Monopole
Selbst das, was uns von der "Öko"-Industrie als gesunde Lebensmittel angepriesen wird, basiert auf grandioser Energieverschwendung: Zur Produktion einer Kilokalorie Nahrungsmittel werden in der bestehenden Produktionsweise 15 Kilokalorie Energie verbraucht.

Allein ca. 120 Lebensmittelkonzene dominieren den Markt und bestimmen, was und wie Nahrungsmittel produziert werden. Diese Lebensmittelindustrie veranlasst auch großflächige Landtransaktionen in Afrika, Lateinamerika und Asien. Der Land- und Waldbevölkerung wird mit Hilfe von (Para-)Militärs ihre Existenzgrundlage geraubt, um sie in potenzielle Anbaufläche bzw. in Bauland umzuwandeln. Dies betrifft auch Indigenas, die bisher noch in abgeschlossenen Lebensweisen- und -räumen lebten. Sind vom Kapital besetzte Ländereien nicht auch Ausgangspunkte für Produkte, wie sie in Bioläden zu finden sind, wie z.B. dem aus Soja hergestellten Tofu?

Statt Bio-Brötchen die ganze Bäckerei

Ist international ein Zurück zur kleinbäuerlichen Hofwirtschaft" die einzige Lösung? Auch wenn die weltweite Agrarproduktion mit Massencharakter von transnationalen Konzernen offenbar eine Betriebsweise ist, die so nicht mehr fortgesetzt werden kann? Eine andere Betriebsweise müsste regionale Wirtschaftskreisläufe für die Nahrungsmittelversorgung und – sicherheit nach Umweltkriterien und bei der Erhaltung der Natur für die vor Ort lebenden Menschen priorisieren. Dazu ist aber auch eine andere Produktionsweise unabdingbar, in der die Menschen über das Ziel, die Mittel und die Ergebnisse der Produktion demokratisch entscheiden können. Nur auf dieser Grundlage kann eine Betriebsweise entwickelt werden, die den Menschen gerecht wird, die von der Vergeudung der (fossilen) Ressourcen wegführt, die Natur erhält und die den Arbeitstag verkürzt bzw. die Arbeitsverdichtung aufhebt. Nur in dieser Richtung ist eine Produktion denkbar, die keine Zerstörung der Lebensgrundlagen - auch anderer Menschen durch Kapitaleexport - beinhaltet.

Weg mit Hartz IV !

Ein gutes Leben für alle!

Weg mit der kapitalistischen Agrar-Produktionsweise!

Den Maschinen die Arbeit, uns das Vergnügen!

Kampagne „Für ein Gutes Leben“, Berlin

Runder Tisch gegen Erwerbslosigkeit und soziale Ausgrenzung